



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

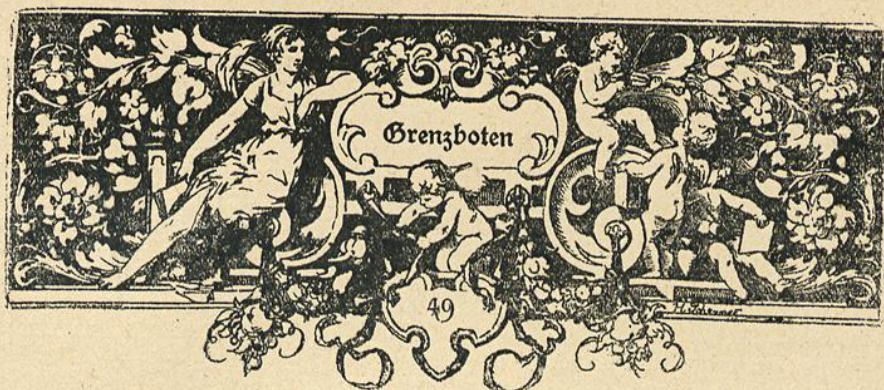
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Below, G. von: Führt die heutige demokratische Bewegung zum Einheitsstaat oder zu einer Verstärkung des Partikularismus?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Führt die heutige demokratische Bewegung zum Einheitsstaat oder zu einer Verstärkung des Partikularismus?

Von Professor Dr. G. von Below



In meinem „Parlamentarisches Wahlrecht“ habe ich dargelegt, welchen großen Dienst das Preussische Abgeordnetenhaus der Politik Bismarcks, besonders seit 1879, geleistet hat. Es hat eine wahrhaft deutsche Reichspolitik gestützt und zugleich das Eigenleben der deutschen Einzelstaaten gesichert. Es ist zwar oft behauptet worden, das „preussische Junkerregiment“ beeinträchtigt und bedrohe die Einzelstaaten, besonders die süddeutschen. Tatsächlich sind sie jedoch durch den preussischen Landtag gar nicht gestört worden. Ich wies darauf hin, daß eine Gefahr ihnen vielmehr von einem radikal demokratisierten preussischen Landtag drohe: die Gefahr der Beherrschung durch einen norddeutschen, berlinischen großstädtischen Radikalismus. Als ich im Jahre 1917 in meinen „Kriegs- und Friedensfragen“ die Wahlrechtsfragen besprach, konnte ich die weitgehende Zustimmung feststellen, die meine Darstellung in den Kreisen der Historiker und Juristen gefunden hatte. Ein namhafter Historiker stimmte mir vollkommen darin bei, daß das preussische nichtdemokratische Abgeordnetenhaus der Politik Bismarcks in der erwähnten Zeit die wertvollsten Dienste geleistet habe, daß ohne es eine wahrhaft deutsche Politik damals nicht möglich gewesen wäre. Aber er meinte, gegenwärtig könne man ohne Bedenken die Radikalisierung des preussischen Wahlrechts vornehmen.

Wie verhalten sich die Dinge heute? Mit einer Schnelligkeit, wie ich sie nicht im entferntesten geahnt, ist meine Prophezeiung eingetroffen. Die Radikalisierung Norddeutschlands hat sofort die stärkste Wirkung auf die süddeutschen Einzelstaaten ausgeübt. Von Norddeutschland, von preussischen industriellen Hauptpunkten ging die neue radikale Bewegung aus. Schon ehe die bürgerlichen Gruppen ganz an die Wand gedrückt wurden, merkte man den Einfluß des demokratisierten Norddeutschland auf Süddeutschland: die Parlamentarisierung, die in Berlin vorgenommen wurde, weckte schnell in Süddeutschland den Reiz zur Nachahmung. Aber ehe noch diesem Anreiz hier in der Praxis stattgegeben worden war, war man in Berlin vom Parlamentarismus zur einfachen sozialistischen Herrschaft übergegangen, und sofort sprangen diese Gelüste nach Süddeutschland über. Hier jedoch erkannte man jetzt auch sogleich die Gefahr, die der norddeutsche Radikalismus den süddeutschen Staaten bringt. Ich führe einige bezeichnende Äußerungen aus Süddeutschland, die in der jüngsten Zeit gefallen sind, an. In einer Versammlung des Freiburger Soldatenrats am 13. November

1918 betonten mehrere Soldaten, sie wollten den preußischen Radikalismus nicht nach Baden verpflanzt wissen. Am Tage vorher hatte der Abgeordnete von Schulze-Gävernitz in einer Versammlung der fortschrittlichen Volkspartei erklärt: „Wenn in Berlin wirklich die bölschewistische Strömung siege, dann müsse man sich besinnen, daß die Reichshauptstadt noch lange nicht das Reich sei. Süddeutschland würde sich nicht von einem Berlin der Spartakusgruppe, falls diese dort wirklich die Herrschaft an sich reißen könnte, zerrütten lassen. Man müsse in diesem Fall die Reichshauptstadt etwa nach München verlegen.“ Am 19. November äußerte in einer Freiburger Volksversammlung der Sprecher des Soldatenrats Dr. Kraus: „Nichtbadische Elemente suche man im Freiburger Soldatenrat nach Möglichkeit auszuschalten; auf jeden Fall mache man die Berliner nicht mit.“ Ungefähr gleichzeitig schrieb die „Karlsruher Zeitung“, das offiziöse Blatt auch der neuen badischen Regierung, nachdem sie darauf hingewiesen, daß sich in der letzten Zeit partikularistische Strömungen mit außerordentlicher Kraft in den Vordergrund drängten: „Die erdrückende Mehrheit der badischen Bevölkerung empfindet föderalistisch, bundesstaatlich; bei aller Hingabe an das große, gemeinsame Vaterland lehnt sie den Einheitsstaatsgedanken ab.“ Am 20. November erklärte der neue badische Minister des Außern, Dietrich, in einer nationalliberalen Versammlung in Karlsruhe: „Wir widerstreben allen Absichten, die darauf ausgehen, aus Deutschland einen Einheitsstaat zu machen. Die glückliche Entwicklung des Reiches beruht auf den kraftvollen Bundesstaaten, und darum wollen wir Badener uns wehren gegen fremde Elemente, die unsere Wesensart nicht kennen und die sich in unsere Angelegenheiten einmischen und sich anmaßen uns zu kommandieren. Wir wollen die Ordnung unserer Angelegenheiten selbst besorgen.“ (Stürmischer Beifall.)

Es sei sogleich darauf hingewiesen, daß man in Süddeutschland den norddeutschen, berlinischen Radikalismus nicht bloß mit Worten, sondern auch mit der Tat ablehnt: in Bayern, Württemberg und Baden sitzen neben Sozialdemokraten auch bürgerliche Vertreter, im Gegensatz zu Berlin.

Wer hätte gedacht, daß dieselben Kreise, die noch eben erst Preußen als reaktionär, als die süddeutsche Demokratie bedrohend angeklagt hatten, so schnell zu der Meinung gelangen würden, daß Preußen um seines demokratischen Radikalismus willen abgelehnt werden müsse! Der Abgeordnete von Schulze-Gävernitz war einer der eifrigsten Ankläger des „preußischen Junkerregiments“. Er hatte noch vor ganz kurzem seine lebhafteste Freude darüber ausgesprochen, daß Preußen unter die Leitung von Süddeutschen — Erzberger, Bayer, Gröber, Haußmann — gelangt sei. Aber diese Herrschaft der Süddeutschen in Berlin war nur eine Eintagsheerrschaft; sie hat nur gerade dazu gedient, den Übergang zur Herrschaft der Sozialdemokratie, unter Ausschluß aller bürgerlichen Gruppen, zu erleichtern. Im Laufe weniger Tage hat sich Abgeordneter von Schulze-Gävernitz genötigt gesehen, seine Freunde in eine Klage über die Bedrohung Süddeutschlands durch das radikale Berlinertum umzusetzen. Und er geht nun soweit, daß er gegebenenfalls die deutsche Hauptstadt von Berlin nach München wegverlegen will. Die angebliche Bedrohung Süddeutschlands durch das „preußische Junkerregiment“ ist nie einem Süddeutschen so gefährlich erschienen, daß er deshalb die Verlegung der Reichshauptstadt nach Süddeutschland vorgeschlagen hätte. Wenn der Abgeordnete von Schulze-Gävernitz eine solche Verlegung nur für den Fall des Sieges der Spartakusgruppe in Aussicht nimmt, so sieht man doch aus den angeführten Äußerungen, daß ein allgemeiner Gegensatz gegen die norddeutsche Sozialdemokratie in Süddeutschland vorhanden ist.

Der badische Minister des Außern Dietrich, vorher Oberbürgermeister in Konstanz, ist ein Mann von ausgeprägt nationaler Gesinnung. Ihm liegt ganz gewiß eigentlicher Partikularismus fern. Aber die Entwicklung in Norddeutschland erscheint ihm so bedrohlich, daß er empfiehlt, Baden solle seine Verhältnisse selbst ordnen, mit Ausschluß „fremder Elemente.“

Es fehlt freilich auch in Süddeutschland nicht an Äußerungen des Radikalismus. In einem Industrieort wie Mannheim zum Beispiel beobachten wir

Parallelererscheinungen zu Berliner Vorgängen. Auch fehlt es nicht an der Betätigung „fremder Elemente“ in Süddeutschland. Kein geringerer als der jetzige Münchener Präsident Eisner hat den Weg von Polen über Berlin („Vorwärts!“) nach Süddeutschland genommen. Aber gerade sein Beispiel zeigt, daß hier auch die „fremden Elemente“ genötigt sind, sich einigermaßen anzupassen: er muß sich in die Herrschaft mit „bürgerlichen“ Vertretern teilen. Und auch gegen ihn hat sich in München Opposition erhoben: man wolle keinen „bayerischen Trozki“. Das Entscheidende ist, daß in Süddeutschland die gewaltigen Heere der industriellen Arbeiter fehlen. Die süddeutschen Verhältnisse haben einen bescheideneren, mehr mittelständisch-bürgerlichen Zuschnitt.

Als zuerst das Wort von der großen deutschen Republik laut wurde, klang es, als ob uns die Aussicht auf ein unitarisches Deutsches Reich winkte. Und wer wollte bestreiten, daß eine Verstärkung unserer deutschen Zentralgewalt wünschenswert ist! Während des Krieges hat sich der deutsche Partikularismus in mehrfacher Hinsicht als schädlich erwiesen; es wird darüber später noch manches an den Tag kommen. Jene Aussicht weckte nun die Erinnerung an so manche Bestrebungen und Forderungen vergangener deutscher Kämpfe. Die Erinnerung an Treitschkes Ideal des unitarischen Deutschland wachte auf.

Heute dagegen stehen wir wieder vor Hindernissen eines Ausbaus der deutschen Verfassung in der Richtung einer deutschen Zentralgewalt. Es hat sich gezeigt, daß der Partikularismus keineswegs nur in den Monarchien der Einzelstaaten seinen Ausdruck findet. Wer näher zusehen gewohnt war, wußte allerdings längst, daß die Demokratie in Deutschland, zumal in Süddeutschland, eine ihrer stärksten Wurzeln im Partikularismus hat. Vielfach ist gerade von partikularistischen Gesichtspunkten aus und im Namen des Partikularismus die Demokratie gefordert worden. Die Geschichte Süddeutschlands bietet ja dafür ältere und neuere Belege in reichem Maße. Auch darauf sei nebenbei hingewiesen, daß unter der Gunst der gegenwärtigen demokratischen Bewegung die Welfen ein „freies Hannover im freien Deutschland“ fordern. So sehen wir denn, daß die extrem demokratische Bewegung die partikularistischen Regungen neu belebt und daß andererseits an bestimmten Stellen aus Abneigung gegen extrem demokratische Erscheinungen der Partikularismus sich verstärkt, wie insbesondere eben in Süddeutschland.

Wohin wird uns der Weg der politischen Ereignisse führen? Wir geben die Hoffnung auf den guten Stern unseres Volks nicht auf. Aber ein richtiger Weg kann nur gefunden werden, wenn man die vorhandenen Gefahren erkennt. Auf sie hinzuweisen ist unser Zweck. Es liegt uns völlig fern, die Wiederherstellung des alten preussischen Landtags zu verlangen. Indessen die Ereignisse fordern gebieterisch die Erkenntnis, daß die Demokratie nicht das Allheilmittel ist, für das man sie ausgibt; sie kann den verschiedensten Zwecken dienen. Man macht sich anheischig, mit der Demokratie und zwar mit der extremsten alle Schwierigkeiten des Lebens aus dem Wege zu räumen, und es zeigt sich, daß unter dem Zepher der Demokratie alle alten Schwierigkeiten wiederkehren. Der Partikularismus liefert ein bedeutungsvolles, aber keineswegs das einzige Beispiel dafür. Nur von einer kräftigen Erneuerung des nationalen Gedankens kann eine Besserung erwartet werden.

